

Der Wolfskompromiss



Grünen-Nationalrat Christophe Clivaz (links) und Michael Graber, Nationalrat der SVP, sind sich einig, dass der Schutz des Wolfes gelockert werden soll. Bilder: pomona.media/Pascal Guntern, Alain Amherd



Perrine Anderegg

Obschon die Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung die Revision des Jagdgesetzes 2020 ablehnt, wird nun abermals am Wolfsschutz gerüttelt. Jetzt ziehen auch die Umweltverbände mit.

Grund für die neuerlichen Bestrebungen in Bundesbern, die seit 1985 geltenden Regeln ändern zu wollen, ist der Wolf. Im Umgang mit ihm besteht nach wie vor grosser Handlungsbedarf.

Das haben jüngst auch die Umweltkommissionen von National- und Ständerat anerkannt, indem sie eine parlamentarische Initiative für eine abermalige Revision des Jagdgesetzes deutlich gutgeheissen haben.

Mit dieser Entscheidung kann die Umweltkommission des Ständerats nun einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Im Mittelpunkt dabei: der Wolf und dessen Ausbreitung in der Schweiz. Mit einer Gesetzesänderung sollen unter anderem die Entwicklung des Wolfsbestands wirksamer kontrolliert und die Hürden für einen Wolfsabschuss tiefer gelegt werden können.

Michael Graber, SVP-Nationalrat und Mitglied der nationalrätlichen Umweltkommission, konkretisiert: «Es werden insbesondere präventive Abschüsse gefordert, wie sie heute schon beim geschützten Steinwild möglich sind.» Zudem seien 5,7 Millionen Franken für Sofortmassnahmen gesprochen worden. «Das muss die Finanzkommission allerdings noch absegnen.»

Gleichzeitig drängt die Zeit. Rasches Handeln sei nötig, heisst es aus den Reihen von Land- und Alpwirtschaftsorganisationen. Die Situation rund um den Wolf sei akut, der Leidensdruck hoch, schreibt etwa der Schweizerische Alpwirtschaftliche Verband (SAV) in einer Mitteilung.

Dem pflichtet auch Michael Graber bei: «Seit der Abstimmung über das revidierte Jagdgesetz haben sich die Verhältnisse massiv geändert.» Graber spricht von einer deutlichen Verschlechterung der Situation aufgrund der explodierenden Wolfspopulation. «Im letzten Jahr wurden schweizweit fast 900 Nutztiere gerissen. Der Alpsommer 2021 war vor allem für die Berglandwirtschaft der blanke Horror.» Auch im Wallis ist die Anzahl der vom Wolf getöteten Nutztiere in die Höhe geschneilt. 336 gerissene Tiere im vergangenen Jahr stehen 227 getöteten Tieren im Jahr davor gegenüber. Eine Zunahme an Wolfsrissen von mehr als 48 Prozent.

Werde nichts unternommen, sei eine Bealung in den betroffenen Regionen kaum noch möglich, warnt der SAV. «Wir laufen Gefahr, dass einige Alpen gar nicht mehr bestossen werden», sagt Michael Graber. Auch die Tier- und Umweltverbände, die seinerzeit gegen das revidierte Jagdgesetz das Referendum ergriffen hatten, und die im Abstimmungskampf noch von «Abschüssen auf Vorrat» sprachen, unterstützen die angedachten Anpassungen der rechtlichen Vorgaben zur Regulation des Wolfs.

Präventive Abschüsse von Wölfen werden nun nicht mehr kategorisch abgelehnt.

Die Gruppe Wolf Schweiz spricht etwa von einem «Wolfskompromiss», der den Umgang mit dem Wolf flexibilisiere und zusätzliche Regulationsmöglichkeiten schaffe. «Der Kompromiss wird den Bestand weder schweizweit noch regional gefährden und ist auch keine pauschale Abschussfreigabe.»

Unter anderem müsse zuerst auch «der zumutbare Herdenschutz» umgesetzt werden. Gleichzeitig obliege die Festlegung der Kriterien für eine Regulierung und deren Bewilligung wie bisher dem Bund und gehe nicht an die Kantone über.

Tatsächlich hat die Umweltkommission des Nationalrats vergangene Woche eine weitere parlamentarische Initiative, welche die Kompetenzen für Wolfsabschüsse den Kantonen zuteilen will, mit 17 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Michael Graber bedauert diesen Entscheid: «Das ist eine verpasste Gelegenheit.» Dafür gesorgt haben seiner Ansicht nach die betroffenen Kantone selbst. «Offenbar wollten die Kantone die damit verbundene Verantwortung nicht selbst tragen und lieber dem Bund überlassen. Wohl auch, um dem Druck aus der Bevölkerung besser entfliehen zu können.»

Anderer Meinung ist Christophe Clivaz, Nationalrat der Grünen und ebenfalls Kommissionsmitglied. «Es macht keinen Sinn, ein Tier, das täglich weite Strecken zurücklegt und dabei ständig die Kantons- oder Landesgrenzen passiert, auf kantonaler Ebene verwalten zu wollen.»

Weil sich die Probleme in den Berg- und Alpgebieten mit dem Wolf in den vergangenen Jahren zunehmend verschärft hätten, so der Schweizer Bauernverband in einer Stellungnahme, sei eine rasche Revision nötig. «Das revidierte Jagdgesetz sollte 2023 in Kraft treten können.»

Christophe Clivaz dämpft indes die Erwartungen an ein rasches Vorankommen des Revisionsprozesses im Parlament. «Wenn alles gut geht, könnte die Gesetzesänderung 2024 in Kraft treten.» Michael Graber sagt dazu: «Es wäre schön, wenn das bis Herbst in beiden Räten durch wäre, ist aber sportlich.»